



Bürgerinitiative „Gegen Gasbohren im Oberspreewald“

Grundsätze der Arbeit durch die Bürgerinitiative (BI) „Gegen Gasbohren im Oberspreewald“ Juli 2018

Die BI gibt sich auf Grundlage der Gründungserklärung vom 31.07.2018 aus aktuellem Anlass folgende Leitlinie für ihre weitere Arbeit.

1.

Die Weltgemeinschaft verpflichtete sich in Paris auf ein Paket für notwendigen Klimaschutz und damit für das Ende von Kohle, Öl und Gas bis zur Mitte dieses Jahrhunderts (2050).

Die Förderung und Verarbeitung von fossilen Energieträgern ist spätestens seit dem nicht mehr der Weg für eine Welt ohne Kriege und Klimakatastrophen.

2.

In enger Zusammenarbeit mit den Naturschutzverbänden (NABU und BUND) ist unser Ziel das Eintreten für den Schutz der Gesundheit des Menschen vor Schäden durch Umweltbeeinträchtigungen, vor allem im Bereich des Biosphärenreservates Oberspreewald und des Schwielochsees. Der Erhaltung, dem Schaffen und der Verbesserung von Lebensgrundlagen für eine artenreiche Tier- und Pflanzenwelt stehen die Pläne von CEP im Wege. Daher ist die Verhinderung der Gasförderung und die Aufbereitung des sogenannten „Sauergas“ im Bereich des Erholungsgebietes und der Biosphäre weiterhin für die IG zentraler Aufgabenschwerpunkt.

3.

Zur Umsetzung dieser Ziele setzen wir auf die Instrumente der Demokratie und die Mitbestimmung aller Menschen, die ein Zusammenleben auch mit Andersdenkenden auf der Grundlage des Grundgesetzes der Bundesrepublik befürworten und aktiv leben.

Im respektvollen Austausch über unterschiedliche Auffassungen wird der effektivste Weg zur Erreichung unserer Ziele gefunden. Wir respektieren anders denkende Menschen, uns sollten dabei das Bewusstsein und die Verantwortung der Existenz unserer Welt und der natürlichen Umwelt, in der wir leben, eigen sein.

4.

Die BI arbeitet weiterhin ausschliesslich und unmittelbar gemeinnützig, überparteilich und überkonfessionell. Sie hat sich zur freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland bekannt und ist gegen Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und undemokratisches Verhalten. Wir arbeiten dazu eng u.a. mit dem „Bundesverband Bürgerinitiativen Umweltschutz e.V.“ und dem Verein „Mehr Demokratie e.V.“ zusammen.